

EDITORIAL

❖ Sein erster Antrittsbesuch führte den neuen Bundespräsidenten Horst Köhler am 15. Juli nach Polen und nicht – wie in der Vergangenheit üblich – nach Frankreich. Er tat dies mit dem Hinweis auf noch ungenutztes Potenzial in den deutsch-polnischen Beziehungen, die spätestens seit der gegensätzlichen Haltung beider Regierungen zum Irakkrieg im letzten Jahr hinter ihre Möglichkeiten zurückgefallen sind. Köhler setzt damit ein gesamteuropäisches Zeichen. Die Bruchstelle zwischen „altem“ und „neuem“ Europa, die das „Weimarer Dreieck“ Frankreich-Polen-Deutschland entkräftete, erfährt so eine symbolische Zusammenfügung mit weit reichendem Signalcharakter: Die neuen Mitglieder der Europäischen Union sind nicht nur vollwertig, erst mit ihnen gemeinsam erhält Europa sein wahres Gesicht. Sie sind vor allem auch bei der Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik entscheidend.

Insbesondere in Polen wird – nach vierfacher Teilung und Übergriffen aus Westen und Osten – die Sicherheit und der Schutz an den Außengrenzen der Union als Schicksalsfrage Europas gewertet. Verteidigungssolidarität –, so der Danziger Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Stefan Chwin beim Zukunftsforum der Adenauer-Stiftung am 24. April in Warschau –, sei für Polen das Minimum, für die EU aber stelle diese Forderung ein Maximalprojekt dar. Die gegenseitige Bereitschaft, in der Gefahr bedingungslos füreinander einzutreten, bedeute erst die wirkliche Vollendung der Union. Für diese Einheit sei die Idee einer moralischen Ordnung grundlegend, einer Ordnung in deren Gedächtnis die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges aufgehoben sind. „Wird die deutsche Erinnerung verschwunden sein, wenn Europa von außer-europäischen undemokratischen Kräften angegriffen wird?“ – fragte Chwin. Er gab damit auch dem wesentlichen Topos postkommunistischer polnischer Politik Ausdruck: Nie wieder Opfer fremder Willkür werden! Die Vehemenz dieses Imperatives ist die Folge polnischer Traumata,



die, wenn auch als solche analysiert, längst nicht gänzlich überwunden sind.

Wenn Europa, wie der frühere polnische Botschafter Janusz Reiter fordert, lernen muss, geopolitisch zu denken und globale Entwürfe in die Weltpolitik einzubringen, gilt es eine tiefe

Einheit zu formen, die sich über jene schwer fassbaren, emotionalen Fakten nicht hinwegsetzen kann. Deshalb griff Köhler auch die „Danziger Erklärung“ vom letzten Oktober auf, mit der Kwasniewski und Rau für ein gemeinsames europäisches Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung geworben hatten.

Eine erfolgreiche europäische Zukunft bedarf einer an konstruktiven Optionen orientierten Erinnerungskultur. Durch einen moralischen Rigorismus als Grundlage historischer Dokumentation könnte sie empfindlich gestört werden.

Der Plan eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin, in dem nicht zuletzt die Vertreibung von Deutschen aus den Ostgebieten nach 1945 dokumentiert würden, hat in Polen einen Aufschrei verursacht, der nach den – auch vom Bundespräsidenten abgelehnten – Entschädigungsforderungen der Preußischen Treuhänder noch lauter geworden ist; der Warschauer Bürgermeister droht „zurückzuschlagen“. Dies ist ebenso zur Kenntnis zu nehmen, wie es historisch wahr bleibt: Auch Deutsche waren Opfer von Vertreibung, und ein Unrecht kann sich durch ein anderes nicht rechtfertigen; es als Sühne zu adeln ist gefährlich.

Das von den deutschen Vertriebenenverbänden geforderte Zentrum ist aus ethischer und historischer Binnenperspektive unbedenklich; Peter Glotz legt das in dieser Ausgabe mit großer Klarheit dar. Der umfassende Kontext aber, in dem es seinen angemessenen Platz einnehmen könnte, die „moralische Ordnung Europas“, ist noch im Werden und hat vorerst Priorität. ❖

Róża Anna Tejporowska